

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Gebr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für drei Monate 1.—

Nummer 46

Düsseldorf, den 19. November 1932

Versandort Krefeld

## Notgemeinschaft

Das Wahlergebnis vom 6. November hat gegenüber den allgemeinen Erwartungen keine besonderen Überraschungen gebracht. Mit dem Rückgang der Nationalsozialisten war von vornherein zu rechnen, wenngleich vielleicht vorsichtige Urteile einen so erheblichen Stimmen- und Mandatsverlust, wie ihn die Nationalsozialisten erfahren haben, nicht erwarteten. Ebenso war andererseits mit der erheblichen Stimmenzunahme der Kommunisten zu rechnen. Hier dürften pessimistische Urteile eher eine noch schlimmere Entwicklung befürchtet haben. Breite Schichten der Arbeitslosen und Kurzarbeiter haben trotz ihrer Notlage noch immer eine beachtenswerte politische Urteilskraft und Zurückhaltung gezeigt. Sonst wäre ohne Zweifel der Mandatszuwachs der kommunistischen Partei noch erheblich größer gewesen. Ebenso war mit der Zunahme der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei zu rechnen. Pessimisten konnten wiederum vielleicht einen erheblich stärkeren Stimmenverlust beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten erwarten. Setzt man hier den allgemeinen Rückgang der Wahlbeteiligung und den dadurch eintretenden Mandatsausfall in Rechnung, so ergibt sich für beide Parteigruppen ein beachtliches Behaupten ihrer Position. Erfreulich ist die Stimmenzunahme des Christlich-Sozialen Volksdienstes, die wohl gegenüber dem Stimmenverlust der Zentrumspartei damit erklärlich ist, daß der Christlich-Soziale Volksdienst völlig unbelastet in die Wahl gehen konnte, während das Zentrum für den politischen nicht völlig unabhängigen und klarstehenden Wähleranteil durch die vorangegangenen Verhandlungen mit den Nationalsozialisten eine gewisse Belastung trug. Zu erwarten war endlich auch, daß jene bedeutungslos gewordenen Interessengruppen der Staatspartei, Wirtschaftspartei und der verschiedenen Landvolkparteien auch bei dieser Wahl keine besondere Rolle spielen konnten. Die Entscheidung des 6. November ist sehr ein Grundrissliches, als daß jene Interessengruppen, auf denen die Existenz dieser Splitterparteien beruht, ausschlaggebend sein könnten.

Die Reichsregierung ist mit dem Ergebnis der Wahlen zufrieden. Sie läßt erklären, daß sie keine Verantwortung für ihren bisherigen Kurs der politischen Tätigkeit des Kabinetts von Papen zu übernehmen, da die Wahlen nach ihrer Auffassung an der politischen Situation nichts Wesentliches geändert haben. Die Regierung bucht dabei als besonderes Plus für sich einerseits den Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen, zum anderen die Zunahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei und ebenso beziehungsweise die Zunahme der Nicht-Wählerchaft. Wenn Herr von Papen sich ein besonderes Verdienst an dem Stimmenrückgang der Nationalsozialisten zuschreibt, so muß ihm dazu allerdings gesagt werden, daß weniger er bzw. sein Kabinett die Ursache dafür ist. Ursächlich für diesen Rückgang des Nationalsozialismus und Schuld für das Absinken jener Wählermassen, die aus der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei zu den Nationalsozialisten fliehen und jetzt wieder in jene Parteien zurückgeflutet sind, ist die eigene Politik der Nationalsozialisten bzw. die Hilfs- und Verantwortungslosigkeit ihrer Führung: Herrn Hitlers und Herrn Goebbels politisches Ungeschick, mit dem nach den eigenen Worten Goebbels Herr von Papen und sein Kabinett „auf dem Rücken der Nationalsozialisten“ zum Regieren kamen. Herr von Papen wurde ungewollt der Eckstein, an dem sich die Woge der Konjunktur der Nationalsozialisten zerschlug. Vom Zurückfluten dieser bürgerlichen Nationalsozialisten aber haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, wie zu erwarten war, profitiert. Die Deutschnationalen dank des sinnlosen Gebarens des Herrn Eugenbergs weit weniger, als bei einigermaßen vernünftiger politischer Einstellung erreichbar gewesen wäre.

Darüber eben kommt die Tragik des Nationalsozialismus, die sich in dem Verlust von zwei Millionen Wählerstimmen deutlich zeigt, zum Ausdruck. Machen Hitler, Goebbels und Strasser „bürgerliche“ Politik, dann haben sie keine Aussicht auf die Stimmen der Arbeiter, deren Partei sie doch sein möchten. Machen sie aber „proletarische“ Politik, dann riskieren sie den Verlust ihrer bürgerlichen Anhänger und Konjunkturmäher aus dem Mittelstand. Darum eben auch schwankt der Nationalsozialismus dauernd in der Unentschiedenheit seines eigenen Wollens und Handelns. In diesem Zwiespalt seines eigenen Wesens muß er scheitern.

Ueber die Zunahme der kommunistischen Stimmen schweigt die Reichsregierung in ihrer Erklärung sich wohlweislich aus. Dieses Sich-aus-Schweigen aber macht Herrn von Papen und sein Kabinett nicht frei von der Schuld, die die gegenwärtige Regierung in ihrer Politik an der Zunahme der kommunistischen Stimmen trägt. Einer Politik, die in unsozialer Weise breiten Massen der unteren Volksschichten die Existenzgrundlage entzog und sie dem Kommunismus in die Arme getrieben hat.

## Gegen von Papen!

Die Christlichen Gewerkschaften zum 6. November

Das schaffende Volk in Stadt und Land hat am 6. November das Mißtrauensvotum des aufgelösten Reichstages gegen das Kabinett Papen bestätigt. Nur 10 Prozent wählte Herr von Papen trotz Aufbietung des gesamten Propagandaapparates um sich zu sammeln. Das bedeutet das Todesurteil für diese Regierung. Rücksicht zugunsten einer verfassungsgemäßen, volksverbundenen Regierung. Das ist um so notwendiger, da sich diese volksfremde Regierung als Vahnbrecher für den zerstörenden Radikalismus erwiesen hat.

Die christlichen Gewerkschaften mahnen in erster Stunde. Sie nehmen das Recht der Mahnung um so mehr für sich in Anspruch, da sich die Gewerkschaften durch die Disziplinierung und Schulung der Arbeiterschaft als stärkste staats-erhaltende Kraft in der Not der Wirtschaft- und Staatskrise erwiesen haben.

Das Kabinett von Papen hat in den fünf Monaten seines „autoritären“ Regierungsversuches den Beweis erbracht, daß seine Regierungsmethode das Werk jahrzehntelanger, staatspolitischer Schulungsarbeit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerschlagen droht. Die Regierung gibt vor, den Bolschewismus zu bekämpfen. Dabei führt ihr unsoziales Gebaren in Wort und Tat geradem Weg zum zerstörenden Radikalismus, zum wirtschafts-, staats- und kulturvernichtenden Bolschewismus. Auch dafür ist der 6. November untrügliches Zeichen.

Die christlichen Gewerkschaften wenden sich mit ihrer Mahnung an alle verantwortlichen Parteien und Stände, dem einseitigen Verhalten dieser Regierung und staats- und volks-gefährlicher Zusammenarbeit entgegenzusetzen.

Sie wenden sich an den Reichspräsidenten, dem nicht zuletzt durch das Vertrauen der

gesamten organisierten Arbeiterschaft sein hohes Amt erneut übertragen wurde, seinerseits die Rechtfertigung wieder herzustellen und dem sozialen Willen des Volkes kraft seiner Autorität Raum zu geben und damit zugleich Ruhe und Ordnung zu sichern.

Neue Reichstagsauflösung, Verfassungsexperimente, überhaupt jede Brückierung des Volkswillens würden die politischen und sozialen Spannungen vergrößern und den Radikalismus weiter stärken. Sie würden wirtschafts-zerstörernd wirken und staatlichen Verfall herbeiführen.

Vom neugewählten Reichstag, als dem souveränen Organ des souveränen deutschen Staatsvolkes, erwarten die christlichen Gewerkschaften, daß er sich im Bewußtsein seiner Stellung und Verantwortung baldigst versammelt. Sie erwarten, daß der Reichstag, seiner Verantwortung und Würde entsprechend, raschstens in Aktion tritt. Sie erwarten, daß er die ihm von der Verfassung für Volk und Reich übertragenen Aufgaben entschlossen aufgreift und durchführt.

Nur durch Zusammenwirken aller beruflichen Kräfte werden Recht und Ordnung wieder hergestellt. Nur so wird nationaler und sozialer Aufstieg des deutschen Volkes gewährleistet und Deutschlands Ansehen und Geltung in der Welt erneuert und gesichert.

An die christlich-nationale Arbeiterschaft ergeht der dringende Ruf, den Plänen der politischen und sozialen Reaktion in lechter Wachsamkeit und mit stärkstem Abwehrwillen zu begegnen.

fierte Nacht der deutschen Arbeiterschaft, die Kampftruppe für Freiheit, Recht und sozialen Aufstieg des schaffenden Volkes!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

## Der D. S. B. zur politischen Lage

Das Ergebnis der Reichstagswahlen beweist, daß die gegenwärtige Regierung im Volke keinen Boden gefaßt hat, sondern in ihrer heutigen Zusammensetzung bei dem überwiegenden Teil des deutschen Volkes auf unabweidliche Ablehnung stößt. Ihre einseitige Politik hat die sozialen Notstände verschärft, außerpolitisch hat sie die Stellung Deutschlands wesentlich verschlechtert, durch ihre Handelspolitik hat die Regierung, ohne der Landwirtschaft wesentliche Vorteile zu bringen, der Ausfuhrwirtschaft schweren Schaden zugefügt, finanzpolitisch hat sie unklare und gefährliche Verhältnisse herbeigeführt. Eine Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik vermehrt und verschlimmert die Unruheherde und entfesselt immer mehr den hemmungslosen Radikalismus. Die wirtschaftliche Erholung wird unter diesen Umständen behindert, und die Geltung des Reiches in der Weltpolitik muß bei Fortdauer der innerpolitischen Unruhe immer weiter abnehmen.

Aufgabe des neuen Reichstages wird es sein, die Reichsregierung zu schleunigster Rechenschaftslegung über ihre bisherigen Taten zu veranlassen und eine Klärung ihrer außen-, finanz- und verfassungspolitischen Absichten herbeizuführen. Es ist nicht länger erträglich, daß eine Reichsregierung der Auseinandersetzung über ihre Taten und Absichten immer wieder ausweicht. Wir bejahen den Grundsatz der Regierungsautorität. Aber es ist nicht eine Förderung, sondern eine Zerlegung des Autoritätsgedankens, wenn sich eine Regierung unfähig zeigt, mit der Volksvertretung zusammenzuarbeiten.

Die neue Auslegung des Begriffes Wohlfahrtsstaat, wie sie der Reichskanzler versucht hat, vermag uns von den unsozialen Taten der Reichsregierung nicht abzulenken. Auf sozialem Gebiet wird immer deutlicher das Ziel der Regierung erkennbar, an Stelle von Rechten sogenannte Wohltaten zu setzen; wir verlangen an Stelle höchst fragwürdiger Wohltaten klare Rechtsansprüche für die Arbeitnehmer. In diesem Zusammenhang erscheint auch die im Rahmen der Preußen-Aktion mit sehr bestreitbarer Begründung erfolgte Auflösung des Wohlfahrtsministeriums als ein bedenklicher und verurteilenswerter Vorgang, um so mehr, als die Befestigung dieses Amtes von sozialreaktionären Kreisen beifällig begrüßt und als die Vorbereitung eines Angriffes auch auf das Reichsarbeitsministerium angesehen wird. Eine verantwortliche Zentralbehörde, die im Rahmen der Gesamtpolitik den sozialen und menschlichen Gesichtspunkt zur Geltung bringt, ist in dieser Krisenzeit notwendiger als jemals.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird einer Reichsregierung, die „Autorität“ sagt und „Selbstherrlichkeit“ meint, stets ablehnend gegenüberstehen.

Man kann die Befriedigung der Reichsregierung mit dem Ausgange der Wahlen wohl verstehen. Diese Befriedigung entspricht offenbar der Auffassung Herrn von Papens, auch durch diese Wahl des 6. November wiederum das in seiner bisherigen Praxis stets erstrebte Ziel erreicht zu haben, einem Reichstag ohne arbeitsfähige Mehrheit gegenüberzustehen und damit in seiner weiteren politischen Tätigkeit sich ebenso wie vom alten, auch von dem kommenden neuen Reichstage unabhängig machen zu können. Ob Herrn von Papen das glücken wird, muß abgewartet werden. Mag auch die Konstellation der Parteien und damit des neuen Reichstages so sein, daß kaum mit einer festen politischen Mehrheitbildung im positiven Sinne gerechnet werden kann, so bleibt doch noch eine andere Möglichkeit, die den Parteien, insbesondere den wirklich aufbauwilligen Gruppen sehr nahe liegen dürfte: Die Bildung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung der allerdingendsten politischen Aufgaben, vor denen wir stehen: Der Arbeitsbeschaffung und wirklichen Wirtschaftsbelebung, die durch Herrn von Papen nicht erreicht wurde. Die Pläne, die Brüning noch vor wenigen Wochen dafür aufgestellt hat, sind sehr wohl geeignet, Grundlage für eine solche Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstage zu bilden. Gelingt aber diese positive Formierung der in Frage kommenden aufbauwilligen Parteigruppen, dann wird es dem Reichskanzler nicht ganz so leicht sein, wie bisher, den Reichstag zu ignorieren. Man kann deshalb für diese politischen Pläne nur das Beste hoffen.

Eine andere Arbeitsgemeinschaft aber ist angesichts dieser gesamtpolitischen Entwicklung ebenfalls doppelt notwendig: das ist die Arbeitsgemeinschaft des schaffenden Werkvolkes in ihren Berufsorganisationen, den Gewerkschaften. Je stärker das Bestreben der Reichsregierung ist, den politischen Einfluß der Parteien zurückzudrängen bzw. völlig auszuschalten, umso stärkeres Gewicht muß die Arbeitnehmerchaft legen auf die Festigung und Stärkung ihrer Berufsorganisationen, die letzten Endes den Unterbau auch für die politische Mitbestimmung und Anerkennung der Arbeiterschaft bieten. Ganz besonders dann aber, wenn, wie Pessimisten oder Freunde des Herrn von Papen für die politische Entwicklung voraussetzen, trotz aller Bemühungen wiederum eine Ausschaltung des Reichstages erfolgen sollte, ist für die Arbeitnehmerchaft die Sicherung dieser Notgemeinschaft in den Gewerkschaften unbedingtes Erfordernis.

Tragen wir dafür Sorge, diese Notgemeinschaft unseres Standes in unserer Organisation schlag- und lebensfähig zu erhalten! Sie ist heute und in Zukunft für uns wichtiger denn je zuvor, das Ergebnis der Wahl muß darum für uns heißen:

Sicherung und Stärkung der Gewerkschaften!

### Von Papens „Wahlerfolg“!

Die Reichsregierung ebenso wie die ihr nahestehende Presse spricht von dem Ergebnis der Wahlen als von einem „vollen Erfolg der Regierung von Papen“. Diesen Erfolg sieht die Regierung selbst vor allem in der Zerschlagung der „Schwarz-Braunen“ Koalitionsmöglichkeiten im Reichstage, während die ihr nahestehende Presse als ganz besonderen Erfolg Herrn von Papens die Verminderung der nationalsozialistischen Stimmen feiert. Wie großzügig man dieses Urteil faßt, zeigt eine interessante Vergleichung des Stimmenverlustes der Nationalsozialistischen Partei mit der Stimmenzunahme der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei sowie der Zunahme der kommunistischen Stimmen, die wir der „Kölnischen Zeitung“ vom 7. November (Nr. 610) entnehmen. Die „Kölnische Zeitung“ gibt darüber das zahlenmäßige Wahlergebnis folgendes interessante Vergleichsbild:

Wenn man das Wahlergebnis rein zahlenmäßig betrachtet, ergibt sich folgendes Bild: Die Nationalsozialisten sind von 37,3 v. H. der abgegebenen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl auf 33,1 v. H. der Stimmen bei dieser Wahl zurückgegangen. Sie haben also einen Verlust von 4,2 v. H., an der gesamten Stimmzahl gemessen, und einen Rückgang um rund 12 v. H. gegenüber der zuletzt von ihnen erreichten Stimmenzahl erlitten. Diesem Stimmenverlust der Nationalsozialisten steht ein Stimmengewinn von 1,2 v. H. der Deutschen Volkspartei gegenüber. Die Deutschen Volkspartei ist von 5,9 v. H. bei der letzten Wahl auf 7,1 v. H. bei dieser Wahl gestiegen, das ist ein absoluter Gewinn von 1,2 v. H. Die Deutsche Volkspartei ist von 1,2 v. H. bei der letzten Wahl auf 1,9 v. H. bei dieser Wahl gewachsen. Sie kann also einen absoluten Stimmengewinn von 0,7 v. H. verzeichnen. Der gesamte Stimmengewinn von Nationalsozialisten und Deutscher Volkspartei beträgt also 1,9 v. H. der abgegebenen Stimmen. Wenn man annimmt, daß der Gewinn von Nationalsozialisten und Deutscher Volkspartei auf Kosten der Nationalsozialisten geht, so bleibt trotzdem noch auf nationalsozialistischer Seite ein Stimmenverlust von 1,1 v. H. bestehen. Man kann natürlich bei einer rein zahlenmäßigen Betrachtung nur schematische Schlüsse ziehen. Und es würde der Wirklichkeit auch wohl nicht voll entsprechen, wenn man sagen wollte, daß der übrigbleibende Stimmenverlust der Nationalsozialisten nun den Kommunisten zugute gekommen wäre. Bei der zahlenmäßigen Betrachtung liegt freilich eine solche Schlussfolgerung nahe, denn die Kommunisten sind von 14,3 v. H. bei der letzten Wahl auf 16,9 v. H. bei dieser Wahl angewachsen, haben also einen Stimmengewinn von 2,6 v. H. zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten sind von 21,6 v. H. auf 20,4 v. H. gesunken, und wenn man annimmt, daß sie den Verlust von 1,2 v. H. an die Kommunisten abgegeben haben, bleibt bei den Kommunisten immer noch ein Zuwachs von 1,4 v. H. Dieser Zuwachs entspricht beinahe genau dem Verlust der Nationalsozialisten, der noch bestehen bleibt, wenn man den Stimmengewinn von Nationalsozialisten und Deutscher Volkspartei abzieht.

Dieses Ergebnis aber nennt die „Kölnische Zeitung“ einen „unzweifelhaften Erfolg der bisherigen Politik der Reichsregierung“. Den berechtigten Einwand, daß man doch jenen bedenklichen Stimmenzuwachs der Kommunisten kaum einen Erfolg nennen könnte, sucht die „Kölnische Zeitung“ mit der Bemerkung abzutun, daß bisher noch jede Reichsregierung ein Ansehen der Linken zur Folge gehabt habe. Sie erinnert dabei besonders an die Reichstagswahl von 1928, wo nach dem Wichen einer Reichsregierung die Sozialdemokraten ebenso wie die Kommunisten eine erhebliche Mandatssteigerung erreichten konnten. Damals sei die absolute und relative Steigerung der Linken sogar noch höher gewesen als heute. „Denn damals lag der sozialdemokratisch-kommunistische Stimmenanteil von 35 v. H. auf 40,4 v. H., im ganzen also um 5,4 v. H., während er heute nur um 1,4 v. H., nämlich von 35,9 v. H. auf 37,3 v. H., liegt.“ Diese Argumentation der „Kölnischen Zeitung“ klingt zwar ganz beweiskräftig, ist es aber dennoch nicht. Man kann keineswegs bei der Vergleichung der letzten Wahlen vom 6. November 1932 ebenso wie etwa 1928 noch „die Stimmen der Linken“ in SPD und KPD zusammenfassen.

## Arbeitgeberbeihilfen aus Wohlfahrtsmitteln?

Außer erheblichen steuerlichen Erleichterungen ist bekanntlich den Arbeitgebern durch die Notverordnung vom 5. September eine doppelte bzw. dreifache Möglichkeit zur Verminderung ihrer Lohnkosten gegeben worden. Zunächst durch die Gewährung der 400-Mark-Steuerergutscheine bei Neueinstellungen von Arbeitskräften, daneben durch die Möglichkeit einer bis 50prozentigen Lohnsenkung für die 30.-40. Stunde, und endlich — im Falle des Nachweises „besonders schwieriger Betriebsverhältnisse“, nach § 7 der Verordnung — die Möglichkeit, nach Genehmigung des Schlichters die Tariflöhne bis zu 15 Prozent zu unterschreiten. Man sollte meinen, daß damit auch der Wünsche der lohnraubendsten Unternehmer Rechnung getragen sei. Daß dies keineswegs der Fall ist, zeigt eine der Allgemeinheit bisher noch kaum bekannt gewordene Abmachung, die der Fabrikanten-Verein e. V. Sorau/Leusitz mit dem dortigen Magistrat bezgl. Wohlfahrtsmittel getroffen hat.

In der Vereinbarung ist folgende Regelung über die Gewährung einer Lohnbeihilfe an die Arbeitgeber aus städtischen Wohlfahrtsmitteln getroffen worden:

Die Stadt Sorau zahlt Arbeitgebern, die Wohlfahrts-erwerbslose einstellen und mindestens 32 Stunden pro Woche beschäftigen, folgende Lohnbeihilfe aus Wohlfahrtsmitteln:

Für Ledige	pro Woche
Verheiratete ohne Kinder	7,- M.
„ mit 1 Kind	10,50 „
„ „ 2 Kindern	12,- „
„ „ 3 und mehr Kindern	14,- „

Diese Gewährung einer städtischen Lohnbeihilfe erfolgt unter der „Bedingung“, daß

1. die Zuweisung der betreffenden wiedereingestellten Wohlfahrts-erwerbslosen auf Vorschlag des Wohlfahrtsamtes erfolgt,
2. der Bruttolohn 150 Prozent des Zuschusses nicht überschreitet (!),
3. der Arbeitgeber „nach Möglichkeit“ die Neueingestellten ein halbes Jahr lang zum „ortsüblichen Tageslohn“ — mindestens aber vier Wochen — beschäftigt,
4. für „nicht mehr als 25 Prozent der jeweiligen Belegschaft“.

Der Arbeitgeber geht über diese „Bedingungen“ hinaus lediglich eine rein formale Kontrollverpflichtung ein.

Diese Vereinbarung ist zunächst ein halbes Jahr, später mit einmonatlicher Kündigung abgeschlossen.

Man muß es den Vertretern des „Fabrikanten-Vereins e. V.“ Sorau, lassen, daß sie sich außerordentlich findig in der Erschließung weiterer Lohnkostenverminderungsmöglichkeiten und äußerst „verbandsstüchtig“ gezeigt haben. Es ist ihnen mit dieser Abmachung gelungen, sich eine neue Subventionierungsmöglichkeit zu schaffen, an die man die wenigsten gedacht haben: Neben der indirekten Subventionierung der Arbeitgeber durch Steuerergutscheine und Lohnsenkung bei Neueinstellungen tritt jetzt hier noch die direkte Subventionierung aus Wohl-

fahrtsmitteln. Wie sie sich auswirkt, zeigt folgendes Beispiel:

In der Niederlausitzer Textilindustrie, die in Sorau den Ausschlag gibt, beträgt der Hilfsarbeiter-Stundenlohn 41,3 Pfg. Der „ortsübliche“ Sorauer Tageslohn, der dem Arbeitgeber zur „Bedingung“ für die Gewährung der Lohnbeihilfe gestellt wird, wird kaum höher sein, und die vorgesehene Bruttolohnhöchstgrenze von 150 Prozent dürfte kaum einem Unternehmer bei Bezug der Lohnbeihilfe-stundenlohn ergibt sich also ein Brutto-Wochenlohn bei der vorgesehene Mindestarbeitszeit von 32 Stunden pro Woche von 13,21 M. Die getroffene Regelung bedeutet also, daß der Arbeitgeber bei der Neueinstellung von Wohlfahrts-erwerbslosen eine Lohnbeihilfe aus Wohlfahrtsmitteln erhält, die bei Ledigen 53 Prozent, bei Verheirateten ohne Kinder 68 Prozent, bei Verheirateten mit einem Kind 80 Prozent, mit zwei Kindern 90 Prozent und bei Verheirateten mit mehr als drei Kindern 106 Prozent beträgt!

Dabei ist in der Niederschrift dieser Vereinbarung, die am 6. September, also nach Inkrafttreten der Notverordnung vom 5. September getroffen wurde, nichts von einer Aufrechnung der beiderseitigen Bewilligungen in Notverordnung und diesem Abkommen oder von einer Aufhebung etwa der Notverordnungsbewilligungen durch diese Vereinbarung erwähnt! Mit anderen Worten: Der Arbeitgeber, der unter diesen Bedingungen Wohlfahrts-erwerbslose einstellt, erhält also neben einem Wohlfahrts-zuschuß, der im günstigsten Falle noch höher ist als der volle Lohn der eingestellten Arbeiter, außerdem noch die 400-Mark-Prämie für Neueinstellungen nach der Verordnung vom 5. September, und gegebenenfalls die Möglichkeit zu einer entsprechenden Lohnsenkung von effektiv 4-5 Prozent — sofern er nicht die Lohnsenkungsmöglichkeit für besonders „notleidende Betriebe“ in Anspruch nimmt — d. h. eine Lohnsenkung von evtl. 15 Prozent durchführt!

Er wird nicht nur ein- oder zweifach, sondern dreifach bechenkt. So ausgiebig, daß er schon an der Einstellung von Arbeitskräften ein famoses Geschäft macht: — Ein Geschäft auf Kosten der Allgemeinheit, aus deren Taschen diese Zuschüsse in Form von Steuererleichterungen, Notverordnungslohnabbau und Wohlfahrtsbeihilfen gezahlt werden!

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß das Beispiel von Sorau Schule macht. Schon zeigen sich in anderen Orten gleiche Bestrebungen geschäftstüchtiger Unternehmer oder Unternehmerverbände, mit den Wohlfahrtsämtern das gleiche lohnende Abkommen zu treffen. Darum ist es an der Zeit, daß diese bedenklichen Auswüchse der Notverordnungs-Lohnabbau- und Subventionsmethoden unterbunden und solche „Geschäfte“ mit Arbeiterneueinstellungen unmöglich gemacht werden. — Sonst kommen wir in der Fortführung dieser Notverordnungspraktiken noch eines Tages so weit, daß jeder Neueingestellte das Glück, wieder arbeiten zu dürfen, noch selber bezahlen muß. Indirekt sind wir ja, wie das Beispiel von Sorau zeigt, schon nahe daran. —

Die sozialdemokratische Partei von heute ist trotz ihrer Oppositionsstellung als staatsbefehlende Partei anzusprechen, während die kommunistische Partei staatsfeindlich und bewußt anarchoistisch gefinnt ist. Die Zusammenfassung der sogenannten „Stimmen der Linken“, wie sie die „Kölnische Zeitung“ vornimmt, hat deshalb keinerlei Berechtigung, sie geschieht lediglich, um den erheblichen Stimmenzuwachs der kommunistischen Partei mit dem Rückgang der sozialdemokratischen Partei zu verjähern und ist im Grund nichts anderes als

ein billiger Taschenspielertrick. Die Tatsache des starken Anwachsens der staatsfeindlichen radikalen Stimmen in der kommunistischen Partei wird damit aber nicht aus der Welt geschafft. Das ist der einzige „Erfolg“, den man wirklich Herrn von Papen und seiner Politik zusprechen kann. Dieser zweifelhafte „Erfolg“ des Anwachsens der kommunistischen Stimmen aber wäre wahrscheinlich noch weit größer, wenn nicht die staatsbewußte und positive Haltung der Gewerkschaften eine weitere Radikalisierung verhindert hätte. Der Regierung aber sollte diese Entwicklung eine Warnung sein. —

### Der Mann mit der eigenen Kraft

Text und Illustrationen von Klaus Gerhards.



Hallo — Weigert! Kommt du ein Stück mit? Grüßend schaut Eickler seinen Freund Weigert auf die Schulter. Eigentlich waren sie keine Freunde mehr; was sie früher einmal verbunden hatte in den unheimlichen Tagen der Schulzeit, hatte das Leben unbemerkt verdrängt. Dann nach Jahren führte sie der Zufall wieder zusammen. Ein neuer Kollege kam in den Betrieb, an einem Morgen machte sich Eickler mit ihm bekannt. Es wäre ja nicht nötig gewesen, doch Weigert schien seinen ehemaligen Schulfreund nicht mehr zu kennen. Jetzt waren sie auf dem Heimweg von der Arbeit. Es war Freitagabend, also Sonntag, da hatte man immer etwas mehr Zeit. Die jungen Kollegen gingen meist an diejeztige Lage ein Glas Bier trinken. Sie standen dann in Gruppen zusammen und diskutierten über Politik oder Arbeitsfragen und Betriebsangelegenheiten. Die Verheirateten aber trafen sich oft mit ihren Frauen, um ihnen gleich den Lohn zu geben für Einkäufe von Lebensmitteln.

Hallo, Weigert! wiederholte Eickler, denn den ersten Namen schien Weigert überhört zu haben. Ich gehe ein Stück mit dir!

Aber ich habe nicht viel Zeit, ich will gleich nach Hause und waschen, denn ich will heute ausgehen. Eine erkennbare Unruhe lag in dem Ausdruck Weigerts.

Eickler lächelte. Nicht nötig, Paul, ich habe dich nicht nötig! — Er hatte Weigert absichtlich bei seinem Vornamen genannt. Darum also kurz und bündig, mein lieber Paul, du hast es unterlassen, dich in unserer Verband anzumelden. Ich glaube, du als geschickter Facharbeiter wirst wissen, wie nötig das ist. — Hier hast du einen Aufnahmeposten, schreibe den heute oder morgen aus, von Montag ab können wir dich dann als Verbandsmitglied führen.

Weigert schielte ironisch. Da wirst du kein Stück haben, mein Verband mag ja ganz gut sein für ungeschickliche Menschen — ich helfe mir selbst. Ich gehöre nicht zu der Klasse, die ihren Körper gebrauchlos ausbeuten, ich weiß, was ich will, verpöcht du mich? — Ich habe ohne den Verband meine Posten bekommen, ich würde ohne die Organisation auch weiter arbeiten, das wirst du bald erkennen.

Aber, Paul!, unterbrach Eickler in seiner ruhigen Art. Sei doch mal vernünftig, bedenke, was mir durch die Organisation alles erreicht haben, Arbeitszeit, sozialer Schutz, Tariflöhne, willst du dieses alles wohl genießen, ohne selbst dazu etwas beizutragen? Das wäre sehr egoistisch.

Egoismus? brante Weigert auf. Ich meine das anders: Selbstbewußtsein, Kraft! Soll ich durch eure Organisation die anderen schlappen Kerls mit durchschleppen? — Ich denke nicht daran! Heutzutage bekomme ich nachher noch den Hilfsarbeiterlohn, der bis dahin frei wird. Da steht also, daß ich auch ohne den Verband mein Fortkommen habe. Vielleicht besser, als wenn ich organisiert wäre.

Meine Frau war doch früher, so führte Weigert, ins Gespräch kommend, mit schicklichem Stolz fort, beim Brokieren Hochheiner in Stellung. Sie macht noch immer Besuche dort. Die Kinder hängen so an ihr. Dieser Weg ist mir sicherer, um zu etwas zu kommen, als wie durch deine Organisation. — Eickler hatte Eickler zugewandt. Jetzt aber lachte er laut und herzlich. Ah, das ist dein Selbstbewußtsein — sehr gut.

Weigert jammerte ein, er war ernsthaft müde. Ja, mein lieber Eickler — dann erhalte ich meine Jacke über eurem Tarif, ohne noch Beitrag zu zahlen. Du wirst nun verstehen, warum ich für euch nicht in Frage komme. Und schließlich muß ich ja nicht an mich denken. Die Direktion aber —

Ach ja — mein lieber Paul!, fiel ihm Eickler ins Wort, allerdings, das könnte deinem Ausstieg im Wege stehen — du kennst doch da oben, du brauchst freilich keinen Verband mit deiner glänzenden Verbindung. Lieberlaß deine Frau nur die Sorge für deine Zukunft — du kennst den Kraft und des Selbstbewußtseins, du — Er verächtelte ein kräftiges Wort, zog seine Mütze lächelnd verbündelt und sprach mit seiner Ironie: „Gefährliche Sie, Herr Weigert, auf Wiedersehen.“

Beide gingen in verschiedenen Richtungen auseinander. —

Ein halbes Jahr später: Weigert war wirklich Hilfsarbeiter geworden — ohne den Verband — durch seine private Verbindung. Gegen seine Kollegen legte er keine Reserviertheit an den Tag. Besonders war er bemüht, bei der Zeitung durch großen Erfolg aufzufallen. Am Feierabend machte er sich immer noch etwas zu schaffen, damit er später als die anderen aus dem Betrieb kam. Es wurde Eickler magen bei der Direktion. — Seinen Jugendfreund Eickler grüßte er wohl, aber kühl und korrekt. Er beachtete sich auch, bei Gelegenheiten zu betonen, daß er mit der Organisation nichts zu tun habe.

Der Betrieb wurde, wie fast alle, von der Krise erfaßt. Die ersten Kündigungen kamen, es waren meist Inoperablen und Unfähigen, aber die Spannung lag nicht mehr drohend über dem Gesicht des Arbeiters um Herr Weigert war guten Mutes, er würde der letzte sein, den man entlassen würde.

Es kam wieder ein langer Tag, man munkelte von neuen Entlassungen. Allen lag die Bedrückung auf dem Gesicht, nur Weigert war ohne Kummer. Er ging durch den Betrieb, war selbstsam reißig und tröstete mit gutgezieltem Mitleid: „Na, was kann euch schon passieren, Leute, ihr habt ja euren Verband.“

Der Abend kam und eine Anzahl Kündigungen. — Auch für Weigert — er traute seinen Augen nicht. Der Text war der gleiche: „Wir sehen uns genötigt, infolge der schlechten Wirtschaftslage usw.“ Aber nur einen Augenblick war er fassungslos — nein, das konnte nicht sein, das war nur ein Trick, es sollte nur so aussehen für die anderen. Man würde ihn ins Büro rufen und die Sache war wieder in Ordnung. Also nur ruhig abwarten. Heute ging er sogar mit den anderen nach Hause, er erzählte mit einer Genugtuung, daß er gekündigt sei. Im Stillen dachte er an seine gute Verbindung und wurde recht froh dabei. Die Zeit verging, es geschah nichts, es wurde Weigert langsam ungeduldig, er verlor seine Zuversicht. Jetzt war es Zeit, an seine Verbindung zu denken, seine Frau mußte einen Besuch bei der Familie des Produktisten machen. Sie kam enttäuscht zurück. Man hatte bedauernd die Äpfeln gesucht und von anderen Dingen gesprochen. Am letzten Tage aber, die 14tägige Kündigungsfrist war abgelaufen, wurde Weigert nichts; er ließ sich beim Direktor melden, aber man bedauerte: der Herr Direktor könnte heute niemand empfangen, da er morgen eine Reise antreten müsse. Jetzt wurde er frohig; wenn er denen so wenig wert war — dann wollte er ihnen anders kommen. Er erhob Einspruch beim Betriebsrat. — Der Kollege hörte ihn ruhig an. Dann aber zuckte er bedauernd die Schulter: es war zu spät, die gesetzliche Einspruchsfrist war verstrichen und damit die Einspruchsmöglichkeit verpöcht. Weigert wurde immer verbitterter, er grübelte. Er kam auf etwas anderes. Seine Ferien hatte er mit Ausbesserungsarbeiten verthan. Er machte seinen Ferienanspruch geltend. Aber auch da erlitt er eine bittere Enttäuschung. Das zuständige Arbeitsgericht wies seine Klage ab. Der Gerichtsbeschluss lautete: „Der Kläger ist unorganisiert und hat daher keinen Anspruch auf Bezahlung der tariflich von der Organisation vereinbarten Ferien.“

Mit der eigenen Kraft war es also doch nicht so weit her — allmählich sah Weigert jetzt seinen großen Irrtum ein. Aber er zog sich noch alle Mühe, den Ueberlebenden zu spielen. Er wollte ihn jenseitig gut, denn seiner Frau kam nicht einmal der Gedanke, sich um einzuschließen, der gewohnte Haushalt und die gewohnten Ausgaben gingen weiter. Die gemachten Einsparungen wurden immer kleiner.

Er mußte zum Arbeitsamt, wenn er nicht ohne Unterstützung bleiben wollte. Zweimal hatte er sich schon auf den Weg gemacht, aber er war wieder umgekehrt. —

Konjunktur in der Textilindustrie

Folgt man der der Regierung günstig gestimmten Presse, dann muß es in der Textilindustrie glänzend stehen. Täglich wird von Arbeitereinstellungen gesprochen, und der oberflächliche Beobachter muß den Eindruck gewinnen, als seien Zeiten der Hochkonjunktur angebrochen, die die Mehrbeschäftigung von riesigen Arbeitermassen notwendig mache. Was ist daran?

Zweifellos hat die Ankündigung der Regierung Papen mit ihrem Schutz der Unternehmerinitiative und den Steuererleichterungen bei den Textilindustriellen einen guten Boden gefunden. Man ist auch gewillt, das Regierungsprogramm soweit als möglich zu unterstützen. Das wird umso leichter, als die Textilindustrie durch die jahrelange sich immer mehr verschärfende Krise in bezug auf ihre Beschäftigungszahlen einen fast nicht mehr zu überbietenden Tiefstand erreicht hatte. Eine Beurteilung der Frage aber, ob es sich bei der nunmehr hier und da eingetretenen Belebung um eine Konjunktur oder um eine Saisonerscheinung handelt, wird je nach der Branche verschieden ausfallen müssen. Richtig ist, daß ein Teil der Textilindustrie durch die Preisentwicklung der Rohstoffe auf den Weltmärkten einen Anstoß erhalten hat. In erster Linie handelt es sich wohl um die Baumwollindustrie, die bei der Belebung am besten abzuschneiden scheint. Das Anziehen der Baumwollpreise in den vergangenen Monaten hat zu der lange ersehnten Auftragserteilung an Spinnereien und Webereien, besonders aber an erstere, geführt, so daß es hier zu einer Vergrößerung der Produktion und auch zu Neueinstellungen gekommen ist, die aber nicht überschätzt werden dürfen. Das starke Anziehen der Baumwollpreise hat die Abnehmer erkennen lassen, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sich die Rohstoffe auf die Dauer auf so niedriger Preisbasis bewegen können, wie das um die Mitte des Jahres der Fall war. Ein Preiseinbruch nach Bekannwerden des amerikanischen Erntergebnisses, das zuerst als nicht ungünstig bezeichnet wurde, hatte sofort wieder eine Zurückhaltung eintreten lassen, weil sich daraus die Hoffnung für die Abnehmer auf ein Stabilbleiben der Preise ergab. Die ersten hoffnungsfreudigen Mitteilungen über das Erntergebnis in U. S. A. sind nunmehr auf das reale Maß zurückgeführt. Gegenüber dem letzten Erntejahr ist immer noch ein starkes Zurückbleiben zu verzeichnen, und zwar bei 11,4 Millionen Ballen um rund 5,5 Millionen Ballen, so daß die eingetretene Preisreduktion als nicht sehr gefährlich gewertet werden braucht. Für die deutschen Baumwollspinnereien war jedenfalls im September-Oktober ein ganz guter Auftragszuwachs zu verzeichnen. Aus den niederrheinischen Baumwollspinnereien, aus Süddeutschland und auch aus einzelnen mitteldeutschen Werken wird über Aufträge berichtet, die den Firmen die Möglichkeit geben, ihre vermehrte Beschäftigung auch für den November durchzuführen. Die badischen Webereien sollen über Aufträge für zwei bis vier Monate verfügen. Ähnlich wie die Baumwollindustrie profitieren auch die Woll- und besonders die Leinenindustrie im Augenblick von dem Steigen der Weltmarktpreise. Die bisher sehr stark benachteiligten Leinwandspinnereien und Webereien können erfreulicherweise wieder einen günstigen Bericht herausgeben, der je nach dem Bezirk verschieden beurteilt werden muß. Auch in der Wollindustrie ist die Situation günstiger anzupassen, als in den vergangenen Monaten, einmal bedingt durch die Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten, zum anderen durch die günstige Einstellung zur Mode. Die Kammgarnspinnereien des Bergischen Landes wie diejenigen Sachsens sind zur Zeit gut beschäftigt.

Ist also in diesen Zweigen von einem starken Anstoß, der von der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt beeinflusst ist, zu berichten, so liegen die Verhältnisse in einer Reihe anderer Branchen, wie der Trikotagen-, Band-, Strick- und Wirkwarenindustrie, ja auch bei einem großen Teil der Herrenstoff-Fabrikation, ganz an-

Sier standen lange Reihen Menschen, Männer und Frauen, und warteten. „Zimmer hinten anschließen“, herrschte ihn der Ordner an. Dieser Ordner, ein Mann, der früher ein ganz gewöhnlicher Arbeiter war. Einmal mußte es ja doch sein — hinten anschließen — er stand in der Reihe — in der Reihe. Er sah viele bekannte Gesichter, Leute aus dem Betrieb. Nach einer Viertelstunde machte die Reihe einen Ruck nach vorwärts.

Er hatte Zeit zum Nachdenken — es kam ihm gar nicht mehr so schrecklich vor, in der Reihe zu stehen. Ein Gefühl der Verbundenheit wurde in ihm wach. — Sollte er doch mal mit Eickler sprechen? — Nein — das wäre ja ein Rückzug. — Endlich



kam er an die Reihe. Er nahm drei Formulare in Empfang mit dem Bescheid: Genau ausfüllen und in acht Tagen wieder kommen.

Zu Hause wurde es ungemütlich. Er hatte seiner Frau eröffnet, daß sie sich auf die augenblickliche Lage einrichten müsse, die Ersparnisse gingen zur Reize. Der Augenblick war da, wo sie ihren Glauben an ihren besonders tüchtigen Mann verlor. Es war die große Enttäuschung, die so oft in der Ehe eintritt. Die Not verband sie nicht zum gemeinsamen Überlegen und Beraten, er wurde in seinem Stolz verschlossen und verbittert.

Er brachte seine ausgefüllten Formulare zum Arbeitsamt und wurde in einigen Wochen zur Aufnahme bestellt. — Wieder stand er zwei Stunden in der Reihe und wartete. Endlich stand er einem Beamten gegenüber, der ihn über die scheinbar unnötigsten Sachen ausfragte. — Resultat: „Ihr Antrag ist abgelehnt, weil Ihr Bruder noch verdient und im gleichen Hause wohnt.“ Er wurde mürrisch; aber an der nüchternen sachlichen Ruhe des Beamten geriet er zum Zorn. — Er lief von Zimmer

Die Lücke im Fürsorgerecht

Durch die Notverordnung vom 15. Juni 1932 wurde bekanntlich die Arbeitslosenversicherung fast vollständig beseitigt und an ihre Stelle das Fürsorgerecht gesetzt. Oberster Grundsatz für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung nach einem sechswöchigen Bezug und der Krisenunterstützung überhaupt ist die fürsorgerechtliche Hilfsbedürftigkeit. An die Stelle der versicherungsmäßigen Unterstützung ist die „individuelle Fürsorge“ getreten. Die Auswirkungen für die Arbeitslosen sind untragbar.

Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit erfolgt durch die Organe der öffentlichen Fürsorge auch in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Diese „individuelle Fürsorge“ setzt aber voraus, daß sich die Hilfsbedürftigkeit Prüfenden eingehend mit der Notlage der Arbeitslosen befassen. Bei der großen Zahl der durch die Organe der öffentlichen Fürsorge — Wohlfahrtsämter und Bezirksfürsorgeverbände — zu betreuenden Personen, zu denen nach der Notverordnung, soweit die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in Betracht kommt, auch noch die durch die Arbeitsämter Unterstützten kamen, ist eine objektive Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und eine eingehende, individuelle Betreuung einfach unmöglich. Die Folge davon ist, daß derjenige, dem sein Recht nicht gegeben wird, von dem ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln Gebrauch zu machen gezwungen ist.

Gegen den Bescheid, der den Unterstützungsantrag ganz oder teilweise ablehnt, ist gemäß § 3a der Verordnung über die Fürsorgepflicht das Rechtsmittel des Einspruchs gegeben. Ueber diesen Einspruch wird durch den Wohlfahrts- bzw. Krisenausschuß ohne mündliche Verhandlung entschieden. In der zweiten Instanz (Beschwerde beim Bezirksausschuß) wird ebenfalls ohne mündliche Verhandlung entschieden. Während also in der ganzen deutschen Rechtsplege, sei es Zivilrecht, Arbeitsrecht oder Sozialrecht, fast ausnahmslos der Rechtssuchende die Möglichkeit hat, seine Gründe entweder selbst

vorzutragen oder durch einen Bevollmächtigten vortragen zu lassen, wird in diesem wichtigen Zweig deutschen Rechtes, das die Kernsten der Armen betrifft, ohne mündliche Verhandlung entschieden. Die Entscheidungen sehen auch leider oft genug danach aus.

Es ist eine Unmöglichkeit, zu einer dem Gesetz entsprechenden Rechtsprechung zu kommen, wenn der Rechtssuchende nicht in der Lage ist, sich entsprechend zu vertreten. Man kann unmöglich von den Vermittlern der Armen verlangen, daß sie ihre Gründe alle schriftlich vorbringen, denn nicht jeder ist dazu in der Lage, sich schriftlich so auszudrücken, wie es notwendig wäre. Hinzu kommt, daß den Beisitzern in den Ausschüssen nicht die Möglichkeit gegeben ist, für die Entscheidung wichtige Fragen an den Rechtssuchenden zu stellen. Man ist also auf das „Aktenstück“ angewiesen. — Man wird demgegenüber vielleicht auf die Untersuchung des Falles durch den Prüfer verweisen. „Der Fall ist durch den Prüfer genau geklärt.“ Wenn diese Behauptung zu Recht besteht, dann wäre es doch Unsinn, überhaupt eine Einspruchsmöglichkeit geschaffen zu haben. Bei dieser Massenarbeitslosigkeit sind gar nicht genügend Prüfer vorhanden, um jeden Fall so zu klären, wie es eine individuelle Fürsorge verlangt. Mit den Leuten aber, die auf Grund des Zivilversorgungsscheines als Prüfer tätig sind, haben die Hilfsbedürftigen bei Gott nicht die schönsten und besten Erfahrungen gemacht.

Es helfen die besten und begründetsten Einsprüche und Beschwerden nichts. Eine Beweiserhebung findet praktisch nicht statt; denn die Nachprüfungen des Wohlfahrtsamtes sind noch lange nicht Beweis für die Richtigkeit der Auffassung der Fürsorgebehörde. Dem Rechtssuchenden muß die Möglichkeit gegeben werden, Beweis für seine Behauptungen anzutreten und seine Auffassung klar zu legen. Darum ist die Einführung der mündlichen Verhandlung unbedingt erforderlich! M. T.

ders. Zwar wird auch in der Trikotagenindustrie das Ansteigen der Rohstoffpreise mit als Anlaß zur Belebung gewertet, ausschlaggebend erscheint aber die Tatsache, daß die Witterungsverhältnisse die Abnehmer immer mehr dazu drängen, nun schnellstens an die Verteilung ihrer Aufträge heranzugehen, weil die Jahreszeit schon weit vorgeschritten ist und die Gefahr nicht rechtzeitiger Lieferung droht. Dasselbe, was hier für die Trikotagenindustrie gilt, trifft auch auf die Strick- und Wirkwarenindustrie zu, die sich augenblicklich in bezug auf Aufträge vereinzelt auf einem guten Stande erfreuen. Bei der Herrenstoffindustrie wiederum ist die günstige Aufnahme ihrer den Geschmack richtig treffenden Musterung hier und da entscheidend für die Vereinnahmung günstiger Aufträge gewesen.

Im allgemeinen jedoch ist festzustellen, daß der in der Öffentlichkeit so stark betonte Optimismus der Textilindustrie in Wirklichkeit in Fachkreisen gar nicht so stark vorhanden ist. Dafür sprechen eine Reihe von Neuerscheinungen befragter Fachleute aus den verschiedensten Gebieten, die wir folgen lassen. Aus dem Münsterland schreibt ein gut Informierter, daß keine Anzeichen anhaltender Belebung vorhanden sind. Die Detaillisten könnten den nötigen Optimismus nicht aufbringen, weil der Kaufkraftverfall doch zu deutlich bemerkbar sei. Auch in Thüringen herrscht kein zu großes Vertrauen zur Wirtschaftsansicherung, weil der Export durch die Kontingentierungsmaßnahmen gefährdet ist, und ein Fachmann aus dem Bergischen Land sagt, daß die Auswirkungen des Papenplans „mehr erhofft als erwartet“ werden, und in der

Niederlausitz ist man auch nicht gerade sehr optimistisch, weil dort im Augenblick die Beschäftigung noch nicht mitteilbar ist.

Diese wenigen Stimmen zeigen, daß die in den ersten Wochen auf das Regierungsprogramm gesetzten Hoffnungen durch die Reichstagsauflösung und die Kontingentierungsmaßnahmen stark eingebüßt worden sind. Nach dem Urteil von Kennern sind Rückschläge zu erwarten. Sie sollen sich in einzelnen Bezirken schon zeigen. Die wieder merklich gesunkene Stimmung in der Textilindustrie läßt es deshalb als abwegig erscheinen, schon von einer allgemeinen Konjunktur zu sprechen. Zum größten Teil werden die überall auftretenden Auftragserteilungen als Saisonerscheinungen gewertet; die Saison hat im Gegenteil zu früheren Jahren etwas später eingesetzt. Dafür sprechen auch die von den Großfirmen und Händlern gestellten Liefertermine, die allgemein ungewöhnlich kurz bemessen sind. Die sonst üblichen Winterlieferzeiten sind im größten Teil der Fälle nur als Ausnahmen bemittelt worden, sie sind den Kunden noch zu lang, und bei der Mehrzahl der Fälle werden die Fabriken wegen der Lieferung fast täglich hart bedrängt. Weil dieser Ansturm der Auftragserteilungen zeitlich mit der Veröffentlichung des Papenischen Wirtschaftsprogramms zusammenfiel, wurde diese Tatsache in der Öffentlichkeit immer wieder zu Gunsten des Regierungsprogramms ausgelegt. In der Textilindustrie glaubt man eine wirkliche Konjunktur aber nur dann erreichen zu können, wenn ihr eine Belebung der Kaufkraft der breiten Massen voraus-

zu Zimmer, von Pontius zu Pilatus. — Achselzucken und immer derselbe Bescheid: Laut Verfügung vom 10. und sozietien.

Stundenlang lief er ziel- und zwecklos durch die Straßen, gesellte sich zu herumstehenden Gruppen politisierender Männer. Er erlachte sich dabei, daß er mit einstimmte: „Alles zusammen-schlagen müßte man!“ Er kam an Kaffeefässern vorbei, wo gutgekleidete Menschen hinter Spiegelscheiben saßen, bei Musik die feinsten Sorten verpeilten. Es fiel ihm ein, was er so oft von diesen verbitterten und entwürzelten Menschen gehört hatte: „Alles zusammen-schlagen!“ Er wurde einem Augenblick freudig erregt, als er sich das Bild ausmalte, wenn ein paar Pfastersteine durch die großen Scheiben fliegen würden. Mitten hinein in die aufgeputzten Weiber, mitten hinein in die raffende, näselnde Jazzmusik — er lachte boshaft auf — ein sehr passender Schlusssatz zu der blöden Schlagermusik!

Doch recht bald wurde es ihm klar, daß dies alles Unsinn sei. Nein, er mußte sich anders orientieren, er mußte mit einem vernünftigen Menschen sprechen, er mußte Eickler aufsuchen, diesen ruhigen, klaren Menschen. Aber würde das noch möglich sein, mo er sich doch so ablehnend verhalten hatte? Ach was, Eickler war ein anständiger Kerl, plötzlich blieb er stehen, aber nur einen Augenblick, dann eilte er mit langen Schritten davon — zu Eickler.

III. Während Weigert zur Wohnung von Eickler heraufstieg, wurde er doch verlegen. Wenn sich Eickler jetzt revanchieren würde für sein Benehmen von damals? Am liebsten wäre er wieder umgekehrt, doch Eickler stand oben auf der Treppe und schaute gespannt herunter. Natürlich erkannte er ihn noch nicht in dem dämmerigen Treppenhause. Wie sollte er nur beginnen — kurz entschlossen legte er los.

„Tag Eickler — ja, du wirst dich wundern — ich bin es — Weigert — kann ich dich mal sprechen?“

Eickler starrte einen Augenblick. — „Ach, das ist Paul — na, komm herein.“

Bald saßen sich beide gegenüber. Während Eickler ihm eine Zigarette anbot, fragte er so leichthin: „Na, kann ich dir irgendwie helfen? Ich kann mir denken, daß du in manchen Dingen nicht so die Erfahrung hast wie wir.“ — er wollte eigentlich sagen — „wie wir organisierten Arbeiter.“ — aber er verschluckte es.

Weigert atmete auf, die Luft war überbrückt, er legte los. er redete sich alles vom Herzen herunter, es wurde ihm ganz leicht dabei.

Eickler hatte ihm schweigend zugehört, er hielt ihm keine Moralpauke, er sagte nur: „Na, siehst du, das Leben ist der beste Lehrmeister.“ — Aber ganz so einfach geht das doch nicht, wie du dir das denkst. Der Rechtschuh unseres Verbandes kann natür-

lich nur für seine Mitglieder arbeiten, das wirst du einsehen. Vielleicht gibt's da eine Möglichkeit, wenn du bereit bist, ein halbes Jahr Beitrag nachzuschlagen. — Dann werde ich versuchen, daß der Vorstand deine Interessen vertritt. Das kann ich in diesem Falle wohl mit gutem Gewissen.“



Weigert war gerne bereit, er fühlte sich schon aufgerichtet, er dachte an den Gedanken, daß man sich seiner Sache annahm. Das Gefühl der Verlassenheit war mit einemmal verschwunden. Zum erstenmal seit langer Zeit wurde er wieder redselig.

— Als er sich dann nun doch endlich verabschiedete, schlug ihm sein Kollege Eickler mit kräftigem Schlag auf die Schulter: „Na, nun Kopf hoch, alter Junge, es wird schon werden.“

Weigert schritt aufgerichtet durch die inzwischen still gemordenen Straßen, er piffte ein Marschlied vor sich hin. — Sein Schritt schallte über das Pflaster — da war ihm zu Mute, als marschierte eine große Masse mit ihm festen Schrittes, einem Ziele zu.

Was nun kam, war zübe, bewußte Arbeit, aber es machte Freude. — Es wurde alles so sicher und klar angepackt, daß er sich ganz klein vorkam. Ja, er hatte doch viel veräumt mit seiner Eigenbrödelei. Seine neuen Freunde ließen nicht locker, man nahm einen Instanzenweg nach dem andern vor, so mußte es werden.

Und es wurde: seine Arbeitslosenunterstützung wurde ihm nachbezahlt, er bekam jetzt auch seine ihm zustehende Unterstützung. Mehr als das aber wirkte der moralische Erfolg auf ihn. Er beschäftigte sich angeregt mit Lektüre, für die er früher kein Verständnis hatte, er kam mit gleichgesinnten Menschen zusammen, sein Leben hatte wieder Inhalt bekommen. Bald bekam er einen Blick für die Aufgaben und Möglichkeiten der Gewerkschaften.

Wenn er einen Riesmacher hörte, dem alles zu langsam ging, so nahm er ihn bei Seite. „Höre, Kollege“, sagte er dann, „ich dachte früher auch mal anders, die eigene Kraft des einzelnen ist großer Unsinn — wir können nur etwas erreichen in einer gemeinsamen Kampfbewegung. Diese zu schaffen und zu stärken, ist unsere wichtigste Aufgabe. Nicht nur während der Krise, nein, gerade nach der Krise wird sich zeigen, wie nötig eine starke, kampfesfreudige Organisation ist.“

Wenn er dann abends nach Hause ging, piffte er still vor sich hin, wie damals, als er von Eickler kam: eine Marschmelodie, denn er marschierte jetzt und unbeirrbar einem Ziele zu.

